

### Amerikanische Krisis.

Man gebe sich keiner Täuschung darüber hin, daß die Dinge zwischen Amerika und uns auf des Messers Schneide stehen und nicht lange so bleiben können. Rasch muß entweder eine Abspannung im friedlichen Sinne oder eine katastrophale Entscheidung erfolgen. Der augenblickliche Zustand erscheint haltlos. Das Zugeständnis dessen lieft man auch aus der jüngsten halbamtlichen deutschen Veröffentlichung über das derzeitige Verhältnis zwischen Berlin und Washington. Blüthartig beleuchtet diese Veröffentlichung die Lage, die man so lange und beflissen allen profanen Blicken verschleiert hielt. Man hat sich gleichzeitig in der Wilhelmstraße entschlossen, die Entscheidung und Leitung in dieser folgenschweren Angelegenheit nicht mehr ausschließlich in den Händen des in Washington verhandelnden Grafen Bernstorff zu lassen, sondern von hier aus nach so langem Zusehen entscheidend einzugreifen.

Der deutsche Zeitungsleser fühlt sich heute von der Plötzlichkeit, womit diese Dinge sich kritisch zugespitzt haben, höchlich überrascht. Er würde sich weniger überrascht fühlen, wenn die Behandlung des amerikanischen Themas nicht seit langem außerordentlich schwierig, ja unmöglich gemacht worden wäre. Was heute mit so willkürlicher Plötzlichkeit auch ins harmloseste Bewußtsein fällt, würde bei anderer Behandlung auch als logische Folge mählicher Entwicklung verstanden und empfunden werden.

Eines erscheint offenbar auch unserer Regierung überraschend: Daß die amerikanische Regierung auf einmal auf den „Lusitania“-Fall zurückgreift und ihn zum Brennpunkt der amerikanisch-deutschen Auseinandersetzungen macht. Seit dreiviertel Jahren glaubte man den „Lusitania“-Fall für grundsätzlich erledigt, die Einzelheiten seiner praktischen Regelung für vertagt halten zu dürfen. Nun auf einmal hören wir, daß die Herren Wilson und Lansing die „Lusitania“-Akten wieder hervorgeholt haben, um sich — so scheint es — hinter ihnen in Ermangelung von etwas Stichhaltigerem gegen einen reinlichen Ausgleich mit Berlin zu verschanzen, während man mit London, mit dem man doch um jeden Preis brüderlich stehen möchte, noch so manches Hühnchen zu rupfen hätte. Man kann wirklich zu keinem anderen Schluß kommen als zu dem, daß es dem Präsidenten Wilson, seinem Staatssekretär Lansing und ihrer englandhörigen Umgebung ungeheuer peinlich wäre, Amerika und die Welt erkennen zu lassen, daß mit dem deutschen Barbarentum immer noch leichter zu leben und zu einem Ausgleich zu kommen sei, als mit den geschäftsbefreundeten englischen Völkerrechtsschützern.

Viele unter uns — und wir gehörten zu diesen — waren von jeher der Meinung, daß man im politischen Spiel mit Amerika durch allzu bereitwillige Nachgiebigkeit und durch allzu unerschöpfliche Langmütigkeit nichts gewinnen könne. Was Wilson und Lansing, zu deren Befriedigung Herr v. Bernstorff längst alles Menschenmögliche und eines Staates noch Würdige für uns getan hat, heute von uns fordern, ist ein Unmögliches und eines Staates Unwürdiges. Wir sollen in der „Lusitania“-Angelegenheit nicht nur — wozu wir uns freiwillig erboten hatten, und was man für angenommen halten durfte — allen amerikanischen Schaden decken; wir sollen auch ausdrücklich vor Amerika und der Welt eine deutsche Schuld bekennen, von der unser Gewissen nichts weiß. In einer Sache, in der die angesehensten amerikanischen Politiker, die geachteten Parteifreunde des Herrn Wilson selbst die beteiligten Amerikaner und die amerikanische Regierung schuldig gesprochen haben, sollen wir uns und unsere braven U-Boot-Leute schuldig sprechen. Das wäre aber nicht nur ein ungeheuerliches Unrecht für diesen einzelnen Fall; es wäre darüber hinaus eine grundsätzliche völlige Selbstentrechtung; praktisch ein Todesurteil für unsere U-Boot-Leute, die sich etwa beikommen lassen sollten, unter den von den Herren Wilson und Lansing im Interesse der englisch-amerikanischen Kriegsträmerschaft gestellten Bedingungen ihre Pflicht noch tun zu wollen; grundsätzlich eine Rechtlosmachung unserer ganzen